

Academia Iuris

Europarecht

von

Prof. Dr. Stephan Hobe, Dr. Michael Lysander Fremuth

8. Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2015

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4820 7

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Hobe | Europarecht

beck-shop.de

beck-shop.de

Europarecht

Von

Prof. Dr. Stephan Hobe, LL.M.

Lehrstuhl für Völkerrecht, Europarecht, europäisches und
internationales Wirtschaftsrecht und

Jean-Monnet-Professor für das Recht der Europäischen Integration
an der Universität zu Köln

unter Mitarbeit von

Dr. Michael Lysander Fremuth

Akademischer Rat an der Universität zu Köln

8., neu bearbeitete Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2014

beck-shop.de

Zitievorschlag: *Hobe EuropaR* Rn.

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4820 7

© 2014 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau
Umschlagkonzeption: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Kirberg

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 8. Auflage

Das sich rasch fortentwickelnde Europarecht und der erfreuliche Zuspruch machen eine weitere Neuauflage dieses Lehrbuchs erforderlich. Zwar hat es den Anschein, dass die europäische Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise jedenfalls ihren krisenhaften Scheitelpunkt überschritten hat und die Situation sich allmählich in den Krisenländern wieder zu normalisieren beginnt. Dies bedeutet indes beileibe nicht, dass schon wieder zur Normalität übergegangen werden könnte. Aber es dürfte die Zeit gekommen sein, Lehren zu ziehen und nach Konsequenzen aus dieser größten Herausforderung der Europäischen Union seit ihrem Bestehen zu fragen.

Nach wie vor gilt dabei für dieses Lehrbuch, dass es von dem Bemühen gekennzeichnet ist, das unabdingbare Grundwissen zur Europäischen Union zu vermitteln, es aber auch den Lernenden als Wiederholungsbuch bei der Vorbereitung auf Prüfung und Examen zur Verfügung stehen will.

Erneut bin ich Herrn Akad. Rat Dr. Michael Lysander Fremuth, dessen Beitrag besonders herausgehoben ist, zu besonderem Dank bei der Mitarbeit an dieser Neuauflage verpflichtet. Auch Frau Sarah Bega hat sich durch ihre große Unterstützung bei der Arbeit an dieser Neuauflage in vorbildlicher Weise verdient gemacht.

Zu danken ist zudem Herrn Kollegen Marc Bungenberg und dessen Mitarbeiter Matthias Motzkus von der Universität Siegen, die das Kapitel zu den europäischen Beihilfen einer kritischen Durchsicht unterzogen haben; gleiches gilt für Herrn wissenschaftlichen Mitarbeiter Demes Tarampouskas vom Institut für das Recht der Europäischen Union (Prof. Ehricke) an der Universität zu Köln.

Zudem haben mich wie gewohnt Frau Daniela Scholz bei der zuverlässigen Abfassung des Manuskripts sowie die studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Tobias Fuchs, Justin Gräfer, Tobias Großevollmer, Laura Nagel und Julia Schulte unterstützt.

Fragen und Anregungen können gerne an meinen Jean Monnet-Lehrstuhl für Völkerrecht, Europarecht und europäisches und internationales Wirtschaftsrecht, Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln, Email stephan.hobe@uni-koeln.de gerichtet werden.

Köln, im März 2014

Stephan Hobe

beck-shop.de

Vorwort zur 1. Auflage

Obwohl es eine Reihe ausgezeichneter Lehrbücher zum Europarecht gibt, soll hiermit ein weiteres vorgelegt werden. Dies geschieht einerseits in der Überzeugung, dass es angesichts der deutlich gestiegenen Bedeutung des Gemeinschaftsrechts, aber auch wegen der wachsenden öffentlichen Wahrnehmung dieser Bedeutung, kein Nachteil sein muss, eine Vielzahl von Lehrbüchern zur Auswahl zu haben. Andererseits bietet das Lehrbuch Gelegenheit, gewisse eigene Akzente in die Diskussion einzubringen.

Nach Jahren etwas langsamerer Entwicklung hat sich seit der Verabschiedung des Vertrags von Maastricht die europäische Diskussion wieder beschleunigt; die jüngere Debatte um die Frage einer europäischen Verfassung zeigt dies deutlich. Das Lehrbuch ist insofern als Versuch zu verstehen, die groben Entwicklungslinien der Diskussion von nunmehr rund 50 Jahren europäischer Integration in allen Bereichen des Gemeinschaftsrechts nachzuzeichnen.

Das Buch versteht sich damit in erster Linie als Studienbuch, welches Studierenden der Pflicht- oder Wahlfachgruppe Europarecht Orientierung bei der Vorbereitung auf Prüfung und Examen bieten will. Insofern wird versucht, einen knappen Überblick über die verschiedenen Regelungsmaterien zu geben und den Stoff durch häufige Verweise auf Sekundärrecht und Rechtsprechung in seiner konkreten Anwendung zu verdeutlichen. Übungsfälle sollen zudem einen ersten Einstieg in die europarechtliche Fallbearbeitung ermöglichen. Das Buch versteht sich darüber hinaus als Hilfe, um einen ersten Zugriff auf die oftmals komplexe Materie zu erleichtern und Anregungen zum weiterführenden Studium zu geben. Dementsprechend beschränken sich die Literaturhinweise in der Regel auf für Studierende leicht zugängliche Schriften vornehmlich aus der Ausbildungsliteratur.

Der Verfasser schuldet zunächst den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Rechtszentrum für europäische und internationale Zusammenarbeit an der Universität zu Köln besonderen Dank. Frau *Hanna Diehl*, Herr *Lars Sloot* und Herr *Alexander Viethen* haben das Buch seit seiner Konzeption mit großem Engagement begleitet und haben damit maßgeblichen Anteil an seinem Zustandekommen. Frau *Gabriele Billigen-Koenen* gebührt Dank für die umsichtige druckfertige Erstellung des Manuskripts. Herrn *Dr. Karl-Ludwig Steinhäuser* vom Carl Heymanns-Verlag sei schließlich für die verlagsseitige Betreuung gedankt.

Köln, im März 2002

Stephan Hobe

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 8. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
1. Teil. Europa – Entwicklungsgeschichte der Integration, Organisationen neben der Europäischen Union sowie Charakter der Unionsrechtsordnung	1
§ 1 Die europäische Idee bis 1945	1
§ 2 Entwicklungslinien der Integration nach 1945	3
§ 3 Die Neuregelungen des Vertrags von Lissabon im Überblick	14
§ 4 Europäische Institutionen neben der Union (Europarat, EFTA, OSZE, OECD und ehemaligeWEU)	21
§ 5 Die Unionsrechtsordnung: Öffentlich-rechtlicher Rahmen zur Garantie der Binnenmarktfreiheiten	25
2. Teil. Die institutionelle Struktur der Europäischen Union	29
§ 6 Der Rechtsstatus der Europäischen Union	29
§ 7 Das Verhältnis der Mitgliedstaaten zur Europäischen Union	42
§ 8 Die Organe der Europäischen Union	59
§ 9 Das Finanzsystem	84
3. Teil. Die Grundlagen des Unionsrechts	89
§ 10 Quellen und Geltungsbereich des Unionsrechts	89
§ 11 Das Rechtsschutzsystem	116
§ 12 Haftungsfragen	148
4. Teil. Der europäische Binnenmarkt	161
§ 13 Das Binnenmarktkonzept	161
§ 14 Grundrechte der Europäischen Union	175
1. Abschnitt. Die Grundfreiheiten	186
§ 15 Warenverkehrsfreiheit	186
§ 16 Arbeitnehmerfreiheit	207
§ 17 Niederlassungsfreiheit	217
§ 18 Dienstleistungsfreiheit	226
§ 19 Kapital- und Zahlungsverkehr	240
§ 20 Rechtsangleichung	247
2. Abschnitt. Wirtschafts- und Währungsunion	261
§ 21 Die Währungsunion als Ergebnis eines Entwicklungsprozesses	261
3. Abschnitt. Die Wettbewerbsordnung	286
§ 22 Die europäische Wettbewerbsordnung	286
§ 23 Beihilfenkontrolle	302
5. Teil. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR)	321
§ 24 Die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS)	321
§ 25 Weitere Politikbereiche im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	331
6. Teil. Das Auswärtige Handeln der Union	335
§ 26 Die Gemeinsame Handelspolitik	335
§ 27 Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	343

7. Teil. Weitere ausgewählte Politiken der Union im Überblick	357
§ 28 Landwirtschaftspolitik (einschl. Fischereipolitik)	357
§ 29 Sozialpolitik	359
§ 30 Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik	363
§ 31 Forschungs-, Bildungs- und Kulturpolitik und weitere Politiken	366
Übereinstimmungstabellen nach Art. 5 des Vertrags von Lissabon	369
Ausgewählte EuGH-Entscheidungen	389
Sachregister	393

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
1. Teil. Europa – Entwicklungsgeschichte der Organisationen neben der Europäischen Union sowie Charakter der Unionsrechtsordnung	1
§ 1 Die europäische Idee bis 1945	1
§ 2 Entwicklungslinien der Integration nach 1945	3
§ 3 Die Neuregelungen des Vertrags von Lissabon im Überblick	14
I. Der Europäische Verfassungsvertrag	14
1. Gliederung des Verfassungsvertrags	14
2. Kernaussagen	14
a) Rechtspersönlichkeit der EU	14
b) Eintritt und Austritt	15
c) Zuständigkeiten	15
d) Organe	15
e) Finanzsystem	16
f) Rechtsakte	16
II. Der Lissabonner Reformvertrag	16
III. Bewertung	20
§ 4 Europäische Institutionen neben der Union (Europarat, EFTA, OSZE, OECD und ehemalige WEU)	21
I. Der Europarat	21
II. Die Europäische Freihandelsorganisation (EFTA)	22
III. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	23
IV. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	24
V. Die Historie der Westeuropäischen Union (WEU)	24
§ 5 Die Unionsrechtsordnung: Öffentlich-rechtlicher Rahmen zur Garantie der Binnenmarktfreiheiten	25
2. Teil. Die institutionelle Struktur der Europäischen Union	29
§ 6 Der Rechtsstatus der Europäischen Union	29
I. Bezeichnungen	29
II. Rechtsnatur der Europäischen Union	32
III. Beitritt – Assozierung von Mitgliedern; der <i>acquis communautaire</i>	34
IV. Verstärkte Zusammenarbeit	38
V. Die Union der 28 Mitgliedstaaten	39
VI. Außenbeziehungen	40
§ 7 Das Verhältnis der Mitgliedstaaten zur Europäischen Union	42
I. Mitgliedstaaten als »Herren der Verträge«	42
1. Änderungen der Verträge	42
a) Ordentliches Änderungsverfahren	43
b) Vereinfachte Änderungsverfahren	43
2. Einseitiges Austrittsrecht	44
3. Auflösungs- und Ausschlussrecht	45
II. Kompetenzverteilung	46
1. Grundregeln	47
a) Prinzip der begrenzten Einzelmächtigung	47
b) Prinzip der Subsidiarität	49
c) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	51

d) Flexibilitätsklausel nach Art. 352 AEUV	52
e) Implizite Zuständigkeiten – die »implied powers«-Doktrin	53
2. Arten von Zuständigkeiten	54
a) Ausschließliche Zuständigkeit	54
b) Geteilte Zuständigkeit	55
c) Unterstützende Zuständigkeit	56
d) Besondere Kompetenzarten	56
e) Ausschließliche Kompetenzen der Mitgliedstaaten	56
III. Gegenseitige Pflichten von Union und Mitgliedstaaten	56
IV. Diskriminierungsverbot und weitere gegenseitige Verpflichtungen	58
§ 8 Die Organe der Europäischen Union	59
I. Organe (Zusammensetzung; Befugnisse; Bedeutung)	59
1. Rat	61
2. Europäischer Rat	65
3. Kommission	66
4. Parlament	71
5. Gerichtshof, Gericht und Fachgerichte	75
6. Rechnungshof	77
7. Europäische Zentralbank als Organ <i>sui generis</i>	78
8. Nebenorgane	79
a) Europäische Investitionsbank	79
b) Hohe Vertreter der Union	80
c) Ausschuss der Regionen	80
d) Wirtschafts- und Sozialausschuss	81
II. Das Verhältnis der Organe zueinander (das sog. institutionelle Gleichgewicht)	82
III. Die nationalen Parlamente	83
§ 9 Das Finanzsystem	84
I. Grundstruktur	85
II. Haushalt – Einnahmen und Ausgaben	86
3. Teil. Die Grundlagen des Unionsrechts	89
§ 10 Quellen und Geltungsbereich des Unionsrechts	89
I. Rechtsquellen des Unionsrechts	89
1. Primäres Unionsvertragsrecht	90
2. Allgemeine Grundsätze des Unionsrechts	91
3. Gewohnheitsrecht	92
4. Sekundäres Unionsrecht	93
a) Allgemeines	93
b) Die verschiedenen Handlungsformen	93
5. Auslegung des Unionsrechts und Rechtsfortbildung durch den EuGH	100
a) Grammatikalische Auslegung	100
b) Systematische Auslegung	100
c) Historische Auslegung	101
d) Teleologische Auslegung	101
e) Richterliche Rechtsfortbildung	101
II. Das Verfahren der Rechtssetzung	102
1. Völkerrechtliche Grundsätze der Primärrechtssetzung	102
2. Verfahren der Sekundärrechtssetzung	102
a) Einleitung	102
b) Neuerungen im Gesetzgebungsverfahren	103
3. Politische Koordination im Rahmen der EU (sog. offene Methode der Koordinierung)	105
III. Das Verhältnis von Unions- und Völkerrecht	106
IV. Das Verhältnis von nationalem Recht (inkl. nationalen Grundrechten) und Unionsrecht	110
V. Der Vollzug des Unionsrechts	113
§ 11 Das Rechtsschutzsystem	116
I. Kompetenzen des Gerichtshofes der Europäischen Union – Verfahrensgrundsätze	116
1. Zuständigkeiten von Gerichtshof, Gericht und Fachgerichten/Rechtsmittel	116
2. Verfahrensgrundsätze	120
II. Verfahrensarten	121

1. Vertragsverletzungsverfahren	121
2. Nichtigkeitsklage	123
3. Untätigkeitsklage	126
4. Amtshaftungsklage	127
5. Das Vorabentscheidungsverfahren	129
6. Die Subsidiaritätsklage	131
7. Vorläufiger Rechtsschutz	132
a) Antrag nach Art. 278 S. 2 AEUV	132
b) Antrag nach Art. 279 AEUV	132
c) Antrag nach Art. 299 IV 1 AEUV	132
d) Eilverfahren im Rahmen des Art. 267 AEUV	133
III. Auszug eines EuGH-Urteils	143
IV. Rechtsschutz gegen europäische Hoheitsakte durch nationale Gerichte	146
1. Zuständigkeit nationaler Gerichte bezüglich europarechtlicher Rechtssachen	146
2. Berufung auf nationale Grundrechte und nationales Recht gegenüber Unionsrechtsakten?	147
3. Problem des einstweiligen Rechtsschutzes	148
§ 12 Haftungsfragen	148
I. Haftung der Union	148
1. Völkerrechtliche Haftung der Union	149
2. Innereuropäische Haftung der Europäischen Union	149
a) Vertragliche Haftung, Art. 340 I AEUV	149
b) Außervertragliche Haftung, Art. 340 II AEUV	150
II. Die unionsrechtliche Staatshaftung der Mitgliedstaaten	152
1. Allgemeines	153
2. Das Urteil Francovich und nachfolgende Fälle	154
3. Voraussetzungen	154
4. Teil. Der europäische Binnenmarkt	161
§ 13 Das Binnenmarktkonzept	161
I. Europäischer Binnenmarkt	161
1. Begriff und Entwicklung	161
2. Instrumente zur Verwirklichung des Binnenmarktes	162
II. Grundfreiheiten und Diskriminierungsverbot	163
1. Allgemeines	163
2. Allgemeines Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV)	164
3. Antidiskriminierungsmaßnahmen (Art. 19 AEUV)	166
4. Spezielles Diskriminierungsverbot (Art. 157 AEUV)	168
5. Inländerdiskriminierung	169
6. Unionsbürgerschaft	169
III. Reichweite der Schutzrichtung der Grundfreiheiten	171
IV. Beschränkung der Grundfreiheiten	172
V. Adressaten der Grundfreiheiten	172
VI. Konkurrenz der Grundfreiheiten	172
VII. Allgemeines Prüfungsschema zu den Grundfreiheiten	173
§ 14 Grundrechte der Europäischen Union	175
I. Grundrechtsschutz in der Geschichte der Union	175
II. Rechtsprechung des EuGH	177
III. Die Grundrechtecharta als Teil des Unionsrechts	178
IV. Probleme des europäischen Grundrechtsschutzes	182
V. Ausblick	183
1. Abschnitt. Die Grundfreiheiten	186
§ 15 Warenverkehrsfreiheit	186
I. Grundkonzeption und Schutzbereich	186
1. Sachlicher Schutzbereich	186
2. Persönlicher Schutzbereich	193
3. Räumlicher Schutzbereich	194
4. Drittewirkung	194
II. Schranken und Ausnahmen	195

1. Immanente Schranken	195
2. Rechtfertigung nach Art. 36 AEUV	198
3. Rechtfertigung durch verschiedene weitere Schutzklauseln	200
4. Rechtfertigung aus kollidierenden Grundrechten	200
III. Prüfungsschema zur Warenverkehrsfreiheit	201
IV. Schutz gewerblichen und kommerziellen Eigentums	202
V. Verbot von Handelsmonopolen	204
VI. Übungsfall: <i>Cassis de Dijon</i> , EuGH 20.2.1979 – 120/78, Slg. 1979, 649 (660ff.)	205
§ 16 Arbeitnehmerfreizügigkeit	207
I. Grundkonzeption und Schutzbereich	207
1. Persönlicher Schutzbereich	208
2. Sachlicher Schutzbereich	208
3. Räumlicher Schutzbereich	210
4. Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	210
5. Drittewirkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	211
II. Schranken und Ausnahmen	211
1. Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Gesundheit (Art. 45 III AEUV)	211
a) Öffentliche Sicherheit und Ordnung	212
b) Gesundheit	212
2. Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung (Art. 45 IV AEUV)	212
3. Gründe des allgemeinen Wohls	213
III. Relevantes Sekundärrecht	213
1. VO 1612/1968/EWG des Rates über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der Gemeinschaft v. 15.10.1968	213
2. RL 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten v. 29.4.2004	214
3. VO 883/2004/EG v. 29.4.2003 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit	215
4. VO 44/2001/EG v. 22.12.2000	215
5. Studenten/berufsqualifizierende Abschlüsse	216
§ 17 Niederlassungsfreiheit	217
I. Grundkonzeption und Schutzbereich	217
1. Persönlicher Schutzbereich	217
2. Sachlicher Schutzbereich	218
3. Adressaten	220
II. Schranken und Ausnahmen	220
1. Teilhabe an der Ausübung öffentlicher Gewalt (Art. 51 I AEUV)	220
2. Rechtfertigungsgründe	221
a) Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit (Art. 52 I AEUV)	221
b) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses als ungeschriebene Beschränkungsmöglichkeit	221
III. Relevantes Sekundärrecht	222
1. Freizügigkeitsrichtlinie 2004/38/EG	222
2. Ermächtigung zur Sekundärrechtsetzung in Art. 53 I und II AEUV	222
IV. Insbesondere: Die Grundstrukturen des europäischen Gesellschaftsrechts (<i>Die société européenne</i>)	223
§ 18 Dienstleistungsfreiheit	226
I. Grundkonzeption und Schutzbereich	226
1. Sachlicher Schutzbereich	226
2. Verhältnis zu anderen Grundfreiheiten	228
a) Abgrenzung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit	228
b) Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit	228
c) Abgrenzung zur Warenverkehrsfreiheit	229
3. Persönlicher Schutzbereich	229
II. Schranken und Ausnahmen	229
1. Art. 62 iVm Art. 51 AEUV	229
2. Art. 62 iVm Art. 52 I AEUV	230
3. Rechtfertigung aufgrund zwingender Allgemeinwohlinteressen	230
III. Relevantes Sekundärrecht	231
1. Die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste	231

2. Die Entsenderichtlinie	233
3. Die Dienstleistungsrichtlinie	233
IV. Die europäische Telekommunikationsordnung als Ausprägung grenzüberschreitender Dienstleistungserbringung	234
V. Das Sonderrecht für Dienstleistungen von Banken und Versicherungen	236
1. Banken	237
2. Versicherungen	237
VI. Übungsfall: van Binsbergen./.Bestuur van de Bedrijfsvereniging voor de Metaalnijverheid, EuGH 3.12.1974 – 33/74, Slg. 1974, 1299	238
§ 19 Kapital- und Zahlungsverkehr	240
I. Die Liberalisierung des Kapital- und Zahlungsverkehrs bis 1994	240
II. Freier EU-Geldverkehr seit 1994	241
1. Allgemeines	241
2. Anwendungsbereich	241
a) Sachlicher Anwendungsbereich	241
b) Persönlicher Anwendungsbereich	243
3. Rechtsfolgen	243
4. Schranken und Ausnahmen	244
a) Immanente Schranken	244
b) Art. 64 I AEUV	245
c) Art. 65 AEUV	245
d) Ausnahmeregelungen nach Art. 143, 144 AEUV	245
5. Relevantes Sekundärrecht	246
6. Kapital- und Zahlungsverkehr mit Drittstaaten	246
§ 20 Rechtsangleichung	247
I. Problemstellung	247
II. Ausgewählte Bereiche der Rechtsangleichung	248
1. Zivilrecht	248
a) Europäisches Verfahrens- und Privatrecht	248
b) Verbraucherschutz (Art. 169 AEUV)	250
c) Handels- und Gesellschaftsrecht	251
d) Unlauterer Wettbewerb	252
e) Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht	253
2. Steuerrecht	255
a) Allgemeines	255
b) Rechtsgrundlagen für die Harmonisierung des Steuerrechts	256
c) Die Mehrwertsteuer	256
3. Öffentliches Recht	257
a) Öffentliche Auftragsvergabe	257
b) Chemikalienrichtlinie	259
c) Spielzeugrichtlinie	260
2. Abschnitt: Wirtschafts- und Währungsunion	261
§ 21 Die Währungsunion als Ergebnis eines Entwicklungsprozesses	261
I. Die Europäische Währungsunion: Bedeutung und Vorgeschichte	261
1. Bedeutung	261
2. Geschichte	262
II. Stufen der Verwirklichung der Währungsunion	263
1. Erste Stufe v. 1.7.1990–31.12.1993	263
2. Zweite Stufe v. 1.1.1994–31.12.1998	263
3. Dritte Stufe seit dem 1.1.1999	264
4. Beitritt weiterer Mitgliedstaaten	265
III. Grundkonzeption der Wirtschafts- und Währungsunion	265
1. Gemeinsame Wirtschaftspolitik	265
2. Institutioneller Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion	266
3. Kriterien für die Teilnahme an der Währungsunion im Einzelnen	268
4. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt	269
IV. Die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise – eine Gefahr für die Europäische Union?	272
1. Übersicht	272
2. Die Arten, Ursachen und Akteure der Krisen	273

3. Die europäische Dimension der Krisen und der Reformbedarf	274
4. Im Rahmen der EU getroffene Maßnahmen im Einzelnen	275
a) Erste Maßnahmen zur Wirtschafts- und Finanzstabilisierung	275
b) Der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB	276
c) Die neue Finanzaufsichtsarchitektur der Europäischen Union	276
d) Rettungsschirme für hoch verschuldete Euro-Staaten	278
5. Weitere Reformansätze und -diskussionen	280
6. Das BVerfG in der Finanz- und Wirtschaftskrise	283
7. Ausblick	285
V. Rechtsstellung der Nichtmitgliedstaaten der Währungsunion	285
3. Abschnitt. Die Wettbewerbsordnung	286
§ 22 Die europäische Wettbewerbsordnung	286
I. Einführung	286
1. Persönlicher Anwendungsbereich	288
2. Sachlicher Anwendungsbereich	288
3. Räumlicher Anwendungsbereich	289
4. Vollzug	289
II. Kartellverbot (Art. 101 AEUV)	289
1. Verbot wettbewerbsbeschränkender Verhaltensweisen (Art. 101 I AEUV)	289
a) Sachlicher Anwendungsbereich	289
b) Persönlicher Anwendungsbereich	291
c) Tatbestandsausnahmen vom Verbot des Art. 101 AEUV	292
d) Rechtsfolgen des Verstoßes (Art. 101 II AEUV)	292
2. Freistellungen (Art. 101 III AEUV)	293
III. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV)	295
1. Einführung	295
2. Die marktbeherrschende Stellung	295
3. Wesentlicher Teil des Gemeinsamen Marktes	296
4. Missbräuchliche Ausnutzung	296
5. Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	297
IV. Fusionskontrolle	297
1. Fusionskontrollverordnung	297
2. Kommissionspraxis	298
V. Öffentliche Unternehmen und Wettbewerbsordnung (Art. 106 AEUV) sowie relevantes Sekundärrecht (Transparenzrichtlinie)	299
VI. Zum Verhältnis von nationalem zu europäischem Wettbewerbsrecht	301
§ 23 Beihilfenkontrolle	302
I. Grundkonzeption	302
1. Begriff der staatlichen Beihilfe	304
2. Tatbestandsmerkmale des Art. 107 I AEUV	305
3. Ausnahmen von der Anmeldepflicht	308
a) Bereichsausnahmen, Gruppenfreistellungsverordnungen	308
b) Art. 107 II AEUV (Legalausnahmen)	309
c) Art. 107 III AEUV (Ermessensausnahmen)	310
d) Art. 106 II AEUV (weitere Rechtfertigung)	311
4. Beihilfenaufsicht und -aufsichtsverfahren (Art. 108 AEUV)	312
a) Repressives Verfahren	312
b) Präventives Verfahren	312
II. Schema für die Beihilfenkontrolle	314
III. Sonderproblem: Rückforderung europarechtswidrig gewährter Subventionen	315
Exkurs: Staatliche Beihilfen und die Finanzkrise	318
5. Teil. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR)	321
§ 24 Die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS)	321
I. Entwicklung	321
II. Aufgaben	323
III. Institutioneller Aufbau	324
IV. Handlungsinstrumentarien und Beschlussverfahren	325
1. Handlungsinstrumente	325

2. Beschlussverfahren	325
3. Exkurs: Rahmenbeschlüsse	326
4. Stärkung des Rechtsschutzes	327
V. Europol	328
VI. Eurojust	330
VII. Europäische Staatsanwaltschaft	330
VIII. Evolutivklausel	331
§ 25 Weitere Politikbereiche im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	331
I. Allgemeines	331
II. Grenzkontrollen, Asyl, Einwanderung	331
III. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	333
6. Teil. Das Auswärtige Handeln der Union	335
§ 26 Die Gemeinsame Handelspolitik	335
I. Allgemeine Regelungen	335
II. Grundkonzeption	335
1. Überblick	335
2. Kompetenzen	336
3. Handelspolitische Instrumentarien der Gemeinsamen Handelspolitik	337
III. Bilateral-regionale Handelspolitik	339
1. Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)	339
2. Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten	340
3. Die Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten	340
4. Sogenannte Assoziierungsabkommen zur Beitrittsvorbereitung	341
IV. Weltweite multinationale Handelspolitik	341
1. Das neue Rechtsregime der WTO	342
2. Sonstige weltweite und multinationale Handelsabkommen	342
§ 27 Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	343
I. Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	343
II. Aufgaben	345
III. Institutioneller Aufbau	345
IV. Aktionsmöglichkeiten im Rahmen der GASP	347
1. Gemeinsame Erklärung	348
2. Bestimmung der Grundsätze und der allgemeinen Leitlinien für die GASP	348
3. Gemeinsame Strategien	348
4. Beschluss zur Festlegung Gemeinsamer Aktionen	349
5. Beschluss zur Festlegung Gemeinsamer Standpunkte	349
6. Ausbau der regelmäßigen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Führung ihrer Politik	350
7. Das Verfahren der Beschlussfassung nach Art. 31 EUV	350
a) Die konstruktive Enthaltung	350
b) Die Blockademöglichkeit bei Mehrheitsentscheidungen	351
8. Rechtsschutz in der GASP	351
9. Die Rolle der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) für die GASP	351
10. Das Verhältnis der Vorschriften der GASP zum AEU- und EU-Vertrag	352
V. Praxis der GASP	353
7. Teil. Weitere ausgewählte Politiken der Union im Überblick	357
§ 28 Landwirtschaftspolitik (einschl. Fischereipolitik)	357
§ 29 Sozialpolitik	359
§ 30 Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik	363
I. Umweltpolitik	363
II. Verkehrspolitik	364
III. Energiepolitik	365
§ 31 Forschungs-, Bildungs- und Kulturpolitik und weitere Politiken	366
I. Forschungs-, Bildungs- und Kulturpolitik	366
II. Übrige Politiken	368

Übereinstimmungstabellen nach Art. 5 des Vertrags von Lissabon	369
Ausgewählte EuGH-Entscheidungen	389
Sachregister	393